

# FINANZ und WIRTSCHAFT

redaktion@fuw.ch / verlag@fuw.ch

AZ 8021 Zürich, Telefon 044 298 35 35, Abo-Service 044 404 65 55  
Fax Redaktion 044 298 35 50, Fax Verlag 044 298 35 00, Fax Abo-Service 044 404 69 24



www.fuw.ch

## Aufwind nutzen



Von Gerold Bühler

Die Parlamentswahlen sind vorbei, die neuen Machtverhältnisse in Bern sind bis auf einige wenige Ständeratssitze definiert. Am 3. Dezember werden sich viele neue Persönlichkeiten im Nationalrats- und im Ständeratssaal einfinden. Ihnen stehen aus Sicht der Wirtschaftspolitik zahlreiche Herausforderungen bevor. Doch wie sollen sie angegangen werden?

Die Ausgangslage ist auf den ersten Blick gut, sehr gut sogar. Die Schweizer Wirtschaft befindet sich in einer robusten Verfassung. Das Seco hat erst kürzlich seine Wachstumsprognosen nach oben korrigiert. Das Wirtschaftswachstum im laufenden Jahr wird auf 2,6% geschätzt. Die gute Konjunktur begünstigt auch den Arbeitsmarkt: Seit 2005 wurden über 100 000 neue Stellen geschaffen; die Arbeitslosenquote ist unter 100 000 gesunken, und die Arbeitslosenquote ist im September auf 2,5% gefallen. Der Wirtschaftsstandort Schweiz belegt in den internationalen Ranglisten weiterhin vorderste Plätze.

### Fünf Forderungen

Auch für 2008 darf mit Wirtschaftswachstum gerechnet werden. Es ist jedoch eine Verlangsamung zu erwarten. Die Abkühlung lässt sich nicht nur auf die Vorgänge am US-Hypothekenmarkt zurückführen. Bereits vor den Turbulenzen hat sich eine Abschwächung abgezeichnet. Die Bäume werden auch in diesem Aufschwung nicht in den Himmel wachsen.

Die gute Verfassung unserer Wirtschaft lässt sich in erster Linie auf zwei Gegebenheiten zurückführen: Erstens profitiert die global tätige Schweizer Wirtschaft in hohem Ausmass vom Wachstum der Weltwirtschaft. Zweitens haben die Restrukturierungen auf Unternehmensebene, gepaart mit der sozialpartnerschaftlichen Flexibilität, ebenfalls entscheidend dazu beigetragen. Was aber war der Beitrag der Politik? Zwar konnten in der Finanz- und Steuerpolitik, bei Bildung und Forschung sowie in der Aussenwirtschaftspolitik in Bezug auf die bilateralen Verträge Erfolge erzielt werden. In Sachen Marktöffnung und Wettbewerb haben sich die 2003 gehegten Erwartungen jedoch nicht erfüllt.

Deshalb wird dem neuen Parlament die Arbeit nicht ausgehen. Nun sind die Voraussetzungen zu verbessern, damit der Wirtschaftsstandort Schweiz wettbe-

werbsfähig bleibt und somit weiter Arbeitsplätze geschaffen werden können. Ein Ausruhen auf den Lorbeeren können wir uns nicht leisten. Denn Globalisierung und Standortwettbewerb gehen weiter. Besonders die aufstrebenden Emerging Markets in Asien dürften uns auch künftig hart konkurrenzieren. Mit marktwirtschaftlichen Reformen und einer hohen Innovationskraft gilt es, die gesamtwirtschaftliche Produktivität zu heben.

Aus wachstumspolitischer Sicht stehen fünf Herausforderungen im Vordergrund. Erstens: In der Aussenwirtschaftspolitik geht es neben der Festigung der Bilateralen um weitere Freihandelsabkommen mit aussereuropäischen Ländern. Erheblicher Handlungsbedarf besteht zweitens in der Wettbewerbspolitik. Die Ausnahmen beim Cassis-de-Dijon-Prinzip müs-

### Das neue Parlament und der Bundesrat stehen in der Pflicht, wachstumsorientierte Reformen anzugehen.

sen eng beschränkt werden. Die zögerliche Liberalisierung des Postmarkts ist zu beschleunigen. Im Elektrizitätsbereich soll das Stromversorgungsgesetz rasch umgesetzt werden. In den Verordnungen ist auf unnötige Barrieren zu verzichten.

Im Bereich Finanz- und Steuerpolitik ist die internationale Dynamik besonders gross. Deshalb müssen drittens überschüssige Mittel konsequent für Schuldenabbau und wachstumsfördernde Steuersenkungen eingesetzt werden. Viertens sollen in Bildung und Forschung die Naturwissenschaften und die Ingenieurausbildung verstärkt werden – mit mehr Mitteln, aber vor allem auch mehr Koordination und Effizienz. Zudem muss das Hochschulrahmengesetz zügig umgesetzt werden.

Die langfristige Energieversorgung gehört fünftens zu den grössten Aufgaben Westeuropas und der Schweiz. Im Zentrum steht die Sicherung einer umweltgerechten, geopolitisch diversifizierten und preislich kompetitiven Energieversorgung. Auch mit einer erfolgreichen Nutzung alternativer Energien und weiteren Einsparungen müssen zumindest die bestehenden Kernkraftwerke durch neue ersetzt werden. Wachstum und Arbeitsplätze werden sonst arg gefährdet.

Die Aussenwirtschaft ist für die Schweiz ein traditioneller Wachstumsmotor und daher von besonderer Bedeutung. Die Politik des Bundesrats stützt sich richtigerweise auf drei Pfeiler: Europapolitik, Freihandelsabkommen mit dynamischen aussereuropäischen Ländern und multilateraler Ansatz im Rahmen der WTO.

Voraussichtlich Ende 2008 oder Anfang 2009 wird das Schweizer Volk über die Fortführung der Personenfreizügigkeit mit der EU sowie über deren Ausdehnung auf die neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien entscheiden. Um die mögliche Referendumsabstimmung nicht zu gefährden, ist auf die innenpolitischen Befindlichkeiten Rücksicht zu nehmen. Zum bilateralen Weg und zur Personenfreizügigkeit gibt es keine Alternative. Es wäre ein verheerendes Eigengol, wenn der bewährte bilaterale Weg gefährdet würde.

Die massgebenden Tendenzen zeigen, dass auch die künftigen Wachstumsmotoren vornehmlich nicht in Westeuropa liegen. Die Wirtschaft fordert daher mit Nachdruck Freihandelsabkommen nicht nur mit den USA und Japan, sondern auch mit den zunehmend bedeutungsvollen Bric-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China. Der Bundesrat ist zudem aufgerufen, alles zu unternehmen, dass die derzeit blockierten WTO-Verhandlungen wieder in Gang kommen.

### Steuern senken

In der Finanz- und Steuerpolitik stehen mehrere wachstumsorientierte Reformen auf der Agenda. Als Erstes müssen die Klein- und Mittelbetriebe durch ein Ja zur Unternehmenssteuerreform am 24. Februar 2008 gestärkt werden. Damit werden seit Jahren bekannte Steuerhindernisse zumindest gemildert – mit entsprechend vorteilhaften Auswirkungen auf Wachstum und Arbeitsplätze. Auch auf Bundesebene ist eine Senkung des Gewinnsteuersatzes für Unternehmen anzustreben. Angesichts der internationalen Steuerdynamik ist eine solche unumgänglich, will sich die Schweiz als attraktiver Wirtschaftsstandort behaupten. Dringender Handlungsbedarf besteht zudem bei der unüberschaubar gewordenen Mehrwertsteuer. Eine drastische Verschärfung und ein tiefer Einheitssatz für alle reduzieren die Kosten der Wirtschaft und wirken sich auch volkswirtschaftlich günstig aus. Das Bürokratie-Ungeheuer Mehrwertsteuer muss gezähmt werden.

Das neue Parlament und der Bundesrat stehen in der Pflicht, die Reformen im Interesse einer starken Schweiz anzugehen und dabei die Segel richtig zu setzen. Nach dem sachpolitischen Stillstand der letzten Monate müssen die wichtigen Geschäfte wieder ins Zentrum rücken. Erfolg ist dabei nur zu gewährleisten, wenn ein ernsthafter Dialog zwischen den verschiedenen Akteuren gepflegt wird. Angesprochen sind Politik, Wirtschaft und die Sozialpartner. Das Fundament ist gut. Nutzen wir es zielstrebig für weitere Verbesserungen. Damit die Schweiz auch in Zukunft auf der Gewinnerseite steht.

Gerold Bühler ist Präsident der Economiesuisse, des Verbands der Schweizer Unternehmen.

Denis Kessler, Konzernchef Scor

## «Integration kommt voran»

— Herr Kessler, die Verhandlungen zur Erneuerung der Rückversicherungsverträge läuft auf Hochtouren. Ihr Konkurrent Münchener Rück hat am Branchentreffen in Baden-Baden diese Woche behauptet, Kunden würden sich wegen der Converium-Übernahme von Scor abwenden. Auf wie viel Geschäft müssen Sie wegen des Zusammenschlusses verzichten?

Auf keines – im Gegenteil. Äusserungen von Kunden und Maklern stimmen uns optimistisch bezüglich der Erneuerung des Geschäfts. Der absolut überwiegende Teil der Kunden hat keine Probleme, die Anteile von Scor und Converium zu kombinieren. Das ist das Schöne an unserer jetzigen Grösse. Wir sind sehr gut diversifiziert, was das Geschäft betrifft, und wir sind in allen Weltregionen tätig. Gleichzeitig sind wir aber nicht so dominant, dass die Kunden besorgt sein müssten, in eine Abhängigkeit zu geraten.

— Ist es ein Unterschied, neu die Nummer fünf der Branche zu sein?

Wir profitieren von einer besseren Risikoverteilung. Fast 50% des Geschäfts werden wir 2007 im Lebengeschäft verdienen, der Rest der Aktivitäten wird nochmals sehr gut diversifiziert durch traditionelles Vertragsgeschäft und die Spezialsparten. Wir erwarten dadurch einen Portfolio-Diversifikationseffekt von zirka 22%. Dies wiederum wird sich günstig auf die Solvabilität und mittelfristig aufs Finanzkraftfratung auswirken. Mit unserer heutigen Grösse können wir zudem vermehrt als führender Rückversicherer, der die Konditionen auf grossen Rückversicherungsverträgen bestimmt auftreten. Davon erhoffen wir uns zusätzliches Wachstum.

— Wie schätzen Sie die Preisentwicklung auf dem europäischen Rückversicherungsmarkt ein, und wie stark kommen Sie den Forderungen der Kunden nach Preisreduktionen entgegen?

Die Preissituation ist etwas angespannter als auch schon. Trotzdem befinden sich die Preise im Rückversicherungsmarkt, der sich vom Erstversicherungsmarkt etwas abkoppelt, in den meisten Geschäftssparten nach wie vor auf einem vernünftigen technischen Niveau. Der Naturkatastrophenmarkt in Europa könnte sich sogar leicht nach oben entwickeln, nachdem der Wintersturm «Kyrill» Gesamtmarktschäden in Höhe von rund 2 Mrd. € verursachte. Für einen Rückversicherer, der zwei Drittel des Geschäfts in Europa erwirtschaftet, sind das keine schlechten Neuigkeiten.

— Sie haben im Übernahmekampf um Converium kostbare Zeit verloren.

Wir haben überhaupt keine Zeit verloren. Wir halten bereits über 98% an der Schweizer Tochter, und die Integration kommt sehr gut voran. **Interview: JB**